

Mehr Schulden trotz Überschuss

Budget 2008 Mit oder ohne SVP-Opposition spielen dieselben Koalitionen wie zuvor



MATHIAS KÜNG

Eines der wichtigsten Geschäfte jeder Dezember-Session ist das Bundesbudget. Diesmal fand das Geschäft – wie andere auch – weniger mediale Beachtung. Verständlich, waren doch nach der überraschenden Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat viele Folgefragen zu diskutieren und zu klären.

Im Schatten dieser Debatte haben die beiden Räte das Budget recht unspektakulär bereinigt. Zwar gab es wie üblich massive Kürzungsanträge von links, beispielsweise beim Militär, und Begehren für massive Mehrausgaben, etwa für die Entwicklungshilfe. Doch diese wurden ebenso abgelehnt wie die Rückweisungs- und Kürzungsanträge der SVP von insgesamt 700 Millionen Franken, etwa bei den internationalen Organisationen. Im Rat spielten – vor und nach der Abwahl von Christoph Blocher beziehungsweise dem Gang der SVP in die Opposition – die gleichen Koalitionen. Grosse Mehrausgaben-Wünsche scheiterten an der Sparphalanx von SVP, FDP und CVP. Überrasene Sparvorgaben der SVP fallierten umgekehrt am Widerstand von FDP, CVP, SP und Grünen. Im Ergebnis wurde nur im Promillebereich am Budget geschraubt; Zeichen einer aktuell hohen Disziplin.

Das Resultat hört sich gut an. Einnahmen von 58 Milliarden Franken stehen 2008 Ausgaben von 56,9 Milliarden Franken gegenüber. Ergebnis: Voraussichtlich ein Überschuss von 1,1 Milliarden Franken. Die Voraussetzungen für diese schwarzen Zahlen hat das Parlament Anfang dieses Jahr-

zehnts geschaffen, als es gegen den entschiedenen Widerstand der Ratslinken zwei Entlastungsprogramme im Umfang von fünf Milliarden Franken durchgesetzt und so das viel zu lange mitgeschleppte strukturelle Defizit eliminiert hat. Ohne diese Rosskur würde der Bund selbst jetzt, bei bester Konjunktur, tiefrote Zahlen schreiben. Um auf Kurs zu bleiben, hat sich der Bundesrat zusätzlich vorgenommen, weitere Sparmöglichkeiten auszuloten und bis 2015 die Ausgaben nur im Umfang des nominalen Wirtschaftswachstums steigen zu lassen.

Trotz all diesen Anstrengungen und den schwarzen Zahlen im Budget wird der Bund nächstes Jahr in der Gesamtrechnung mit einem Defizit von vier Milliarden Franken schliessen. Die Bundesschulden, die in jüngster Zeit reduziert werden konnten, werden wieder ansteigen. Grund dafür sind ausserordentliche Ausgaben von 5,2 Milliarden Franken: Nachschüsse infolge des revidierten Finanzausgleichs (zum Beispiel bei der Prämienverbilligung), der neue Infrastrukturfonds (Ersteinlage von 2,6 Milliarden) sowie eine Einmaleinlage von 900 Millionen an die Bundespensionskasse Publica. All diese ausserordentlichen Posten haben ihre Berechtigung. Sie zeigen aber auch, wie nötig es ist, den Fuss fest auf der Ausgabenbremse zu lassen, um die Schulden wieder zu reduzieren und so den Handlungsspielraum für kommende Generationen zu vergrössern. Den werden sie angesichts weiter steigender Kosten des Sozialstaates dringend brauchen.

mathias.kueng@azag.ch

Das Machtkalkül der eisernen Julia

Ukraine Weshalb die orange Koalition kaum lange halten dürfte



PAUL FLÜCKIGER

«Es kann sein, dass ich scheitere, aber eines ist sicher: Banditen, die das Land ausrauben, werden zur Verantwortung gezogen», sagte Julia Timoschenko kurz vor ihrer Bestätigung als Regierungschefin. An Kampfwillen und revolutionärem Pathos hat es der 47-jährigen Politikerin noch nie gemangelt. Mit ihrem Charisma hat sie vor drei Jahren zum Erfolg der «orangenen Revolution» beigetragen.

Heute allerdings zählen für Timoschenko nicht die Slogans der revolutionären Vergangenheit, es geht um knallhartes Machtkalkül. Timoschenkos erklärtes Ziel ist es, Ende 2008 das Erbe ihres einstigen Mitkämpfers und heutigen Präsidenten Wiktor Juschtschenko anzutreten. Dieser jedoch strebt seine Wiederwahl an. Der Premierposten ist für Timoschenko somit nur ein Sprungbrett, eine willkommene Möglichkeit, weitere Wählerschichten zu gewinnen. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen werden sie kaum dazu bringen, die aufgrund ihrer hauchdünnen parlamentarischen Mehrheit dringend nötigen Kompromisse im Parlament zu suchen.

Schon eher wird sich die «eiserne Julia» wieder einmal als Märtyrerin feiern lassen wollen, wie damals im September 2005, als sie von Juschtschenko nach nur sieben Monaten im Premieramt entlassen wurde. Seitdem hat ihre Partei laufend an Stimmen zugelegt – und Juschtschenkos Parteibündnis an Boden verloren. Vor diesem Hintergrund ist kaum damit zu rechnen, dass die orange Regierungskoalition in der Ukraine lange hält. Julia Timoschenko allerdings kann das egal sein. Sie braucht nur ein paar Monate, um sich im Glanz der Blitzlichter zu sonnen und ein paar staatlich finanzierte Wahlgeschenke zu verteilen.

ausland@azag.ch



CLAUS KNEZY

Verhöhnter Gottesdienst

Gastautorin Von Dostojewskis Grossinquisitor bis zur «Arena»



REGULA STÄMPFLI

Während der «Arena»-Sendung vom 14. Dezember 2007 fiel mehrmals das Wort «Gottesdienst». Die über die Abwahl von Christoph Blocher sichtlich enttäuschten Chefredaktoren der grössten Tages- und Wochenzeitungen in der Schweiz mokierten sich mit dem Satz «Das ist ja wie im Gottesdienst» darüber, dass die Nicht-SVP-Parlamentarier sich nun um politische Verständigungen und Lösungen bemühten. Nach der Sendung meinte ein kluger Teilnehmer präzise: «Was ist eigentlich so schlimm an einem Gottesdienst?»

Dass «Gottesdienst» im gegenwärtigen Jargon als Synonym für Naivität, Lächerlichkeit und Nichtrealität gilt, sagt eigentlich viel über den Zustand der Welt, über das Bild der Menschen und über deren Haltung gegenüber der Demokratie aus. Wenn «Gottesdienst» als Signum für mit Wahnsinn geschlagene Religionsfanatiker à la Islamisten verhört wird, dann mag dies ja noch angehen. Wenn jedoch aus einem in unseren Breitengraden üblichen «Gottesdienst» eine Versammlung naiver Gläubiger gemacht wird, die weder in Medien, Demokratie noch zum Zusammenleben der Menschen irgend etwas zu denken, zu glauben oder zu berichten haben, dann gilt es, hellhörig zu werden. Denn dann befinden wir uns in einem sprachlich-ideologischen (Medien-)Feld, das ausschliesslich den Technokraten und Mediencharismatikern politische Aufmerksamkeit gewähren will. Die antidemokratischen Raffinierten wissen eben schon, wie man Differenzierungen kalten Herzens über Bord wirft, polemischen Vereinfachungen huldigt und wie man das eigene Herrschaftsprogramm als «realistisch», «zukunftsnahe» und «wirklich» verkauft!

Es gibt in «Die Brüder Karamasow» von Dostojewski die geniale Erzählung des Grossinquisitors von Sevilla. Dieser ist

ein neunzigjähriger ausgemergelter Greis, der zufälligerweise Zeuge der Wiederkehr Christi wird. Erstaunlicherweise besteht die erste Reaktion des Geistlichen darin, den Sohn Gottes in Ketten zu stecken und einzusperren. In der Nacht hält er dann dem Messias eine Rede, die eigentlich allen Demokraten und Menschen, die anderen Menschen noch trauen, das Blut in den Adern gefrieren lässt. So meint er unter anderem: «Warum bist du gekommen, uns zu stören? Denn du bist gekommen, uns zu stören, und du weisst das selbst.»

Wobei stört denn Jesus Christus den Grossinquisitor? Er stört genau in dem Augenblick, in welchem die katholische Kirche daran ist, mit der Inquisition den letzten Funken christlicher Menschlichkeit durch Macht auszulöschen. Im Monolog des Grossinquisitors erfahren wir alles über die zynischen Menschenbilder, die heutzutage so Mode geworden sind. Freiheit wird der Macht geopfert, denn Menschen seien –

Politik ist nicht Selbstzweck, sondern Ort der Auseinandersetzung von Menschen unter Menschen, Politik ist Anstand, Fairness, Verantwortung

so der Grossinquisitor – naiv, schwach, träge und unbelehrbar. Sie brauchen ständig die starke Hand der Führung, sonst würden sie aus dem Ruder laufen. Jesus Christus habe eine viel zu hohe Meinung über den Menschen gehabt, deshalb sei er ja eigentlich auch gescheitert. Und so weiter und so fort. Im Sermon wird der Rausch an durch Macht und Herrschaft geknechtete Menschen gefeiert, die dank Brot und Spielen glücklich ihr Dasein geniessen können, frei von aller Eigenverantwortung. Frei letztlich auch von dem, was Menschen ausmacht: Sprache, Liebe, Mitgefühl, Verantwortung, Gemeinsamkeit.

Wenn jemand während einer Diskussionsrunde ohne Widerspruch vor laufender Kamera meint: «Politik ist nur dazu da, um für Macht zu kämpfen und diese zu erringen», dann muss ich mit sanfter, dunkler Stimme antworten:

«Politik ist nicht für die Macht, sondern für die Menschen da. Politik ist in unseren Breitengraden Demokratie. Das heisst, Politik ist nicht Selbstzweck, sondern Ort der Auseinandersetzung von Menschen unter Menschen. Politik ist Anstand, Fairness, Cleverness und Verantwortung.»

Ha! Ich bereute meine Sätze schon während des Formulierens. Es war fast so, als hätte ich etwas Verwerfliches gesagt. Die Zyniker schrien nur: «Trümelei!» In solch «realistischen» Verständnissen haben selbstverständlich Orte wie «Gottesdienst» als Möglichkeit der Be-Sinnung keinen Platz. Deshalb plädiere ich hier gerne – während der «Arena» ist es mir leider nicht in den Sinn gekommen – für «Gottesdienst» im weitesten Sinn. Denn oft ist es so, dass man niemals tätiger ist, als wenn man dem äusseren Anschein nach nichts tut. Während dieses Be-Sinnens kommt dann auch die Freude. Darüber, dass beispielsweise in diesen Tagen gezeigt wurde, dass nicht einfach die Macht,

die Lautstärke sowie die Drohung, sondern auch die politische Vernunft entscheiden kann. Denn auch bei Dostojewski muss sich der Machtpolitiker wenigstens für einen Augenblick geschlagen geben: Sein Gefangener steht einfach

auf, küsst die blutleeren Lippen und geht. Wenigstens eine Sekunde lang musste der Grossinquisitor das «Andere» sehen, die grenzenlose Bejahung, die sogar ihn einschliesst und weder richtet noch urteilt.

Denn eines ist klar: Demokratie braucht vor allem Menschen als Menschen und nicht einfach als Mittel zum Zweck. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen in dieser Allgegenwart der «Entzauberung der Welt» ja keine «Wiederverzauberung», sondern viele bewusst helle, stille (auch Schweigen kann sehr laut sein!) und besinnliche schöne Festtage.

Regula Stämpfli, Bern/Brüssel, Politologin, Dozentin, Buchautorin, Mutter von drei Söhnen.
www.regulastaempfli.ch